

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/228

28. November 1972

Auf dem Teppich bleiben!

Das Gesamtinteresse hat Vorrang

Von Jochen Schulz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 48 Zeilen

"Ei des Kolumbus" für 1.500 DM?

Plus und Minus einer neuen Wehrstruktur

Seite 2 und 3 / 58 Zeilen

Ostberlin nimmt Westberliner Müll ab

Praktische Erfolge der Bonner Normalisierungspolitk

Von Dieter Schwäbl
Senatsdirektor beim Berliner Senator für
Finanzen

Seite 4 und 5 / 77 Zeilen

Sonderbeilage: "Eingliederung und
----- Selbstbestimmung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 130 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 82 80 37 + 38
Telex: 828 846 / 828 847/
828 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnler Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Auf dem Teppich bleiben!

Das Gesamtinteresse hat Vorrang

Von Jochen Schulz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Schlacht ist geschlagen! Soweit man das - im übertragene-
nen Sinne - von einer Wahlschlacht sagen kann, sind die politischen
Leichen und Verwundeten von der Wahlstatt abtransportiert worden:
mit Ausnahme der Führer der geschlagenen Heere, die sich nun sel-
ber an die Kehle gehen.

Hiervon soll - so reizvoll das auch für die Sieger wäre - je-
doch nicht die Rede sein. Im Gegenteil. Ein gewichtiges Wort an die-
jenigen scheint vonnöten, die - um im Bilde zu bleiben - als Trup-
penteile des Siegers sich nunmehr so zu fühlen scheinen und sich
so gebärden, als sei der Sieg ausschließlich ihr Sieg.

Selbstverständlich gehört zu diesen Gruppen nicht der Deut-
sche Industrie- und Handelstag (DIHT), dessen unklare Frontstel-
lung während der Schlacht jetzt erhalten soll, um illusio-
näre Forderungen an die Sieger zu stellen.

Gemeint sind vielmehr jene, die nach der Wahl - ohne ein Quent-
chen mehr oder weniger Legitimation als alle anderen - aus der nicht
nur von ihnen angeschlagenen Quelle des Sieges Forderungen für sich
und ihre Heerhaufen ableiten wollen. Um einige Adressen zu nennen:
Weder der Vorsitzende der GEW, noch der Vorsitzende der Arbeits-
gemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, weder der Vorsitzen-
de der ÖTV - noch sonst irgendjemand (schon gar nicht der erwähn-
te DIHT) haben ein Recht auf lautstarke Forderungen an diesen Staat
und damit an uns alle, soweit diese Forderungen unbegründet sind
und von der Regierung dieses Staates nicht gutgeheißen werden kön-
nen.

Der Staat ist das Volk dieser Republik! Das Volk in seiner
Gesamtheit! Die Mehrheit dieses Volkes hat dem ausschließlichen
Sieger Willy Brandt und der Politik seiner Partei das Vertrauen
ausgesprochen und den Kanzler beauftragt, weiter zu regieren.

Seine jetzige und künftige Regierung stehen aber nicht für ir-
gendeine Gruppe oder irgendeine Schicht des Volkes oder für einen
noch so wichtigen Volksteil; sie stehen für das Volk insgesamt.

Wer also Mandate des Wahlergebnisses vom 19. November für sich
oder eine Gruppe in egoistischer Weise beansprucht, muß bereits heu-
te vor seiner Handlungsweise gewarnt werden, um ihn vor Enttäuschun-
gen zu bewahren. Die Entscheidungen der neuen Bundesregierung werden
ohne Rücksicht auf Einzel-, Gruppen- oder Standesinteressen getroffen
werden. Und Demokraten werden das zu respektieren haben.

Als Fußnote sei angefügt: Der GEW-Vorsitzende hat kürzlich be-
merkenswerte Forderungen auf Anhebung der Lehrergehälter erhoben,
die für ihn offenbar ein Schlüssel zum Gelingen der Bildungsreform
sind. Willy Brandt sprach in jeder seiner Wahlversammlungen von
der Notwendigkeit, die dritte Säule des Bildungsgebäudes neben
Schule und Hochschule besonders auch die Berufsausbildung zu ver-
stärken.
(-/28.11.1972/bgy/ex)

"Ei des Kolumbus" für 1.500 DM ?

Plus und Minus einer neuen Wehrstruktur

Die Formel für eine neue Wehrstruktur scheint gefunden: "Ausgleichswehrpflicht" nennt die Wehrstruktur-Kommission das System neuer Heeresbrigaden, von Ausgleichsleistungen und stabilisierten 16 vH. Verteidigungsbeitrag-Anteil an den Staatsausgaben.

Die Wehrstruktur-Kommission ging davon aus, daß militärische Sicherheit notwendiges Fundament für Entspannungspolitik bleibt. Sie hatte die Strukturschwierigkeiten - vor allem des Heeres, das mit rund 325.000 Soldaten 12 Divisionen und eine Territorialverteidigung zu unterhalten hat - zu berücksichtigen, und schließlich spitzten der Haushalts, die steigenden Rüstungskosten und auch die Wehrgerechtigkeit ihre Rolle.

Daraus ergaben sich Grundsätze einer neuen Wehrstruktur: Sicherheit und Bündnisfähigkeit zu gewährleisten, finanzielle Mittel optimal zu verwenden, um moderne Ausrüstung zu sichern, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen realistisch zu berücksichtigen, allgemeine Wehrpflicht zu erhalten, Wehrgerechtigkeit zu erstreben und für Truppenverminderungen offen, aber nicht davon abhängig zu sein.

Der Kommissionsvorschlag "Ausgleichswehrpflicht" zeigt den Weg zu einem besseren Bündnisbeitrag. Der Kader-Plan kann Zukunft haben, rationeller Dienst für Aktive und Reservisten. Stabilisierung eines Verteidigungsanteils von 16 vH. an den Staatsausgaben - d.h. an den Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden - dürfte nicht unmöglich sein, solange Sicherheit Voraussetzung für Entspannung bleibt.

Zweifelhaft scheint allerdings das "System von Ausgleichsleistungen" für Gediente und Ungediente. Zwar gab es der Konzept

den größten Teil des Namens, von der Realisierungsmöglichkeit scheint es jedoch weiter als alle anderen Komponenten einer neuen Struktur entfernt. Das "Ei des Kolumbus" für Wehrgerechtigkeit ist das nicht. Der "geburtenstarke" Ungediente dürfte auch nach 1975 von finanziellen "Ausgleichsleistungen" verschont bleiben. Mit 1.500 DM hin und 1.500 DM her ist weder Staat noch Wehrgerechtigkeit zu machen. Von Gewerkschaftsseite z.B. wurde daher die Schwachstelle des Gerechtigkeitsvorschlages schon mit "Nein" markiert.

Wenn nun der Grundwehrdienst trotz steigender Zahl von Wehrpflichtigen nach 1975 nicht völlig gerecht zu machen ist, dann werden wir wohl damit zunächst weiter leben müssen, wie übrigens alle anderen Staaten mit Wehrpflichtsystem: im Westen und im Osten. Es kann versucht werden, Wehrgerechtigkeit von Zeit zu Zeit etwas "gerechter" zu machen. Das gelang der Regierung mit der Verkürzung des Grundwehrdienstes von 18 auf 15 Monaten nach dem ersten Kommissionsbericht, ohne daß Bündnisverpflichtungen vernachlässigt wurden. Aus dem zweiten Bericht der Kommission wird - angelsächsisch - das Beste zu machen sein. Eine Zauberformel zur Lösung aller Probleme gleichzeitig konnte auch mit der "Ausgleichswehrlpflicht" nicht geliefert werden.

Die Bundesregierung ist durch die Untersuchungsergebnisse und Empfehlungen der Wehrstruktur-Kommission nicht gebunden. Sie wird ihre Entscheidungen erst nach gründlicher Konsultation mit ihren Bündnispartnern treffen. Eine neue Wehrstruktur ist nur in einem längeren Prozeß zu verwirklichen. Wenn endlich das Ziel in Sicht ist, dürfte auch das Jahr nicht mehr weit sein.

(pk/28.11.1972/ks/ex)

Ostberlin nimmt Westberliner Müll ab

Praktische Erfolge der Bonner Normalisierungspolitik

Von Dieter Schwäbl

Senatsdirektor beim Berliner Senator für Finanzen

In Berlin "produziert" jeder Haushalt im Jahr durchschnittlich drei cbm Hausmüll oder, wie es auch genannt wird, "feste Siedlungsabfälle". Das waren täglich rd. 9.000 cbm oder 3,3 Millionen cbm im Jahre 1971. Man rechnet mit einer Zuwachsrate von 6,5 vH. jährlich. Es ist leicht erkennbar, welche gewaltigen Probleme damit zusammenhängen. Die Mengen des Jahres 1971 könnten viermal das Olympiastadion bis an den Rand füllen. Zu den genannten Zahlen kommen noch rd. drei Millionen cbm Bauschutt und Bodenaushub (Lehm) sowie 40.000 cbm flüssige oder schlammige Abfallstoffe hinzu.

Der Senator für Finanzen, Heinz Striek, hatte zu Beginn dieses Jahres erklärt, daß die Beseitigung der Abfallstoffe eine der bedeutendsten kommunalpolitischen Aufgaben sei. Der Senat von Berlin hatte dem Abgeordnetenhaus von Berlin im Februar 1972 über "langfristige Pläne über Abfall und Unterbringung von Abfallstoffen" berichtet. Da zum damaligen Zeitpunkt keine Alternative erkennbar war, wurden Maßnahmen angekündigt, die notwendig erschienen, um die Beseitigung weiterhin in Berlin (West) selbst vorzunehmen.

Dabei wurden u.a. erörtert: der Bau einer zweiten Müllverbrennungsanlage; die Erweiterung der Mülldeponien Lübars und Wannsee; sowie die Schaffung weiterer Beseitigungsplätze für Schutt und Bodenaushub an der Teufelsseechaussee.

Die im Senatsbericht erwähnten Bemühungen um die Verbringung von Abfallstoffen außerhalb Berlins haben zweifellos im Zusammenhang mit den Verhandlungen um das Berliner Abkommen schneller als erwartet zu konkreten Ergebnissen geführt.

Seit April 1972 verhandelte im Auftrage des Senats von Berlin die Berlin-Consult GmbH, einer zu 50 vH. in Senatsbesitz befindlichen Osthandelsgesellschaft, mit der DDR-Firma Bergbau-Handel GmbH über die Verbringung von Abfallstoffen in die DDR. An den Verhandlungen nahmen auf Westberliner Seite Vertreter der beteiligten Senatsverwaltungen und Betriebe teil. Die Gespräche wurden in intensiven Beratungen zwischen Berlin-Consult und den Beauftragten der zuständigen Verwaltungen vorbereitet. Hierbei hat sich eine

hervorragende Zusammenarbeit aller Beteiligten aus Wirtschaft und Verwaltungen ergeben. Das sollte nicht unerwähnt bleiben.

Die Verhandlungen ließen sehr schnell erkennen, daß die DDR ernsthaft bereit war, zu einer Verständigung zu gelangen. Das war eine gute Grundlage für ein vernünftiges Verhandlungsthema.

Bald bemerkten beide Seiten, daß es außerordentlich schwierige, überwiegend technische Fragen gibt, deren Lösung sehr zeitaufwendig ist. Daher verständigte man sich - ausgehend vom Grundsatz, einen 20-Jahre-Vertrag abzuschließen -, einen sog. Anlaufvertrag für das Jahr 1973 voranzustellen. Dieser wurde am 27. Oktober, zwischen Berlin-Consult und Bergbau-Handel unterzeichnet. Er sieht vor, daß 1973 insgesamt 2,5 Millionen cbm fester Abfallstoffe in der DDR beseitigt werden. Als Transportmittel sind Lkw, Eisenbahn und Binnenschiffe vorgesehen.

Die im Anlaufvertrag für 1973 vorgesehene Müllmenge wird mit den Fahrzeugen der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe (BSR) direkt zu dem nahe der südöstlichen Stadtgrenze gelegenen Deponieort Groß-Ziethen befördert. Dort sind stillgelegte Kiesgruben, die verfüllt werden. Die Deponie wird nach modernsten Erkenntnissen des Umweltschutzes durch die BSR betrieben.

Beide Seiten haben sich vorgenommen, nunmehr zügig weiter über den 20-Jahre-Vertrag zu verhandeln. Manche wichtigen technischen Fragen, z.B. Umschlag und Transport, aber auch Kosten und Preise, werden noch einige Zeit benötigen, bis der Langfristvertrag abgeschlossen werden kann. Dann können jährlich rd. sechs Millionen cbm Abfallstoffe außerhalb von Westberlin beseitigt werden.

Zunächst können wir schon die im Senatsbericht vom Februar 1972 noch vorgesehenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Beseitigung in Berlin (Müllverbrennungsanlage II, wesentliche Erweiterung der Mülldeponien Lübars und Wannsee und Inanspruchnahme weiterer Plätze an der Teufelsseechaussee) bis auf weiteres zurückstellen.

Das ist nicht das einzige konkrete Ergebnis. Hinzu kommt die Tatsache, daß wir auf diesem kommunalpolitischen Gebiet eine Entwicklung einleiten, die einen wichtigen Schritt zur Normalisierung bedeutet. Denn: Nirgendwo auf der Welt werden die Abfallstoffe in den Ballungszentren selbst beseitigt, es sei denn, vorübergehend zur Rekultivierung. Bis 1948 war das auch in Berlin so üblich.

Den Kritikern der Ostpolitik der Bundesrepublik und unserer Alliierten sei ins Stammbuch geschrieben: Diese wesentliche Erleichterung auf einem wichtigen Teilgebiet zum Nutzen unserer Mitbürger wäre ohne diese Politik auch nicht möglich geworden!

(-/28.11.1972/ks/ex)